

Umstrittene Kampagne

Die Abstimmungskampagne zur Arzneimittel-Initiative erhitzt die Gemüter. Die Grüne Nationalrätin Ruth Gonseth ist als Co-Präsidentin des gegnerischen Komitees zurückgetreten, und der Verein gegen Tierfabriken (VgT) hat eine Beschwerde eingereicht.

In seiner Beschwerde an das Bundesgericht verlangt der VgT, dass die Durchführung der Abstimmung aufgeschoben sei, wie er am Donnerstag mitteilte. Die Erläuterungen des Bundesrates in den Abstimmungsunterlagen seien irreführend und müssten korrigiert werden. Kritisiert wird, dass der Bundesrat in den Erläuterungen den im Initiativtext verwendeten Ausdruck «preisgünstigste Medikamente» durch «billigste Medikamente» ersetzt und folgert, die Initiative könnte «die Gesundheit gefährden».

«Am preisgünstigsten» bedeute «am billigsten bei gleicher Leistung und Qualität», hält der VgT fest. Er steht nicht alleine da mit seiner Kritik. Umstritten sind nicht nur die Erläuterungen des Bundesrates, sondern auch die Inserate der Gegner. Sie gehen sogar Mitgliedern des überparteilichen Gegen-Komitees zu weit: Die Grüne Nationalrätin Ruth Gonseth ist als Co-Präsidentin zurückgetreten, wie die Geschäftsstelle des Komitees einen Bericht der Zeitschrift «Facts» von gestern Donnerstag bestätigte.

«Unlautere Methoden»

Auch die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS), welche die Initiative befürwortet, empört sich über die gegnerische Kampagne. Suggestiert würde mit Fallbeispielen, dass bei einer Annahme der Initiative Patienten nicht mehr die für sie notwendigen Medikamente erhielten. Dies sei falsch, sagte SKS-Geschäftsführerin Jacqueline Bachmann. Die Gegner verwenden ihrer Ansicht nach unlautere Methoden. Die Stiftung für Konsumentenschutz zieht deshalb eine Strafklage in Betracht. Es gehe nicht an, dass die Pharmalobby mit falschen Angaben Ängste schüre, sagte Bachmann.

Dass die Abstimmung vom 4. März deswegen verschoben wird, ist nicht sehr wahrscheinlich. Wegen Klagen im Zusammenhang mit den Abstimmungserläuterungen wurde bisher auf Bundesebene noch nie eine Abstimmung verschoben, wie Hans-Urs Willi von der Bundeskanzlei gestern auf Anfrage erklärte. sda